



Suchergebnisse: Bamberger Regierung

13. April 1919 – Die Wirtschaftsblockade zwingt die Augsburger Räte in die Knie

Augsburg * Sechs Tage nach der Ausrufung der Räterepublik in Augsburg zwingt die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade die Augsburger Räte in die Knie. „Unter dem Zwang der Verhältnisse“ beenden sie den Versuch einer Räteregierung, verwerfen die Räteverfassung als „verfrüht“ und setzen sich von der Münchner Räterepublik ab.

15. April 1919 – Truppen der Bamberger Regierung rücken in Dachau ein

Dachau * Als die Truppen der bayerischen Exil-Regierung in Dachau einrücken, wird der amtierende Arbeiter- und Bauernrat beim zuständigen Major vorstellig und fordert diesen zum Abzug vom Schlossberg auf, da Dachau sonst beschossen werden könnte. Der Major kommt der Aufforderung umgehend nach.

19. April 1919 – Die Regierung Hoffmann genehmigt das Freikorps Oberland

Bamberg - München * Der Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff erhält nach kurzen Verhandlungen von der Bamberger Regierung die Ermächtigung, in Treuchtlingen das Freikorps Oberland aufzustellen. Das Freikorps Oberland setzt sich aus dem Kampfbund Thule und aus Freiwilligen zusammen, die in Treuchtlingen und Eichstätt angeworben werden.

20. April 1919 – Regierungstruppen marschieren in Augsburg ein

Augsburg * Obwohl die Augsburger Räteregierung am 13. April durch die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade aufgegeben hat, marschieren an diesem 20. April Regierungstruppen in aller Frühe in Augsburg ein. Die Augsburger gelten bei den Regierenden als „politisch unzuverlässig“.

27. April 1919 – Im Hofbräuhaus eskaliert schließlich der Konflikt



München-Graggenau * Im Festsaal des Hofbräuhauses eskaliert nun der Konflikt zwischen den Befürwortern und Gegnern der Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann. Verhandlungen mit der Bamberger Regierung sind jedoch nicht mehr möglich, da sowohl die Regierung des Freistaats Bayern als auch die Reichsregierung die Bedingungslose Kapitulation und die Auslieferung aller Führer fordern. „Die Verhältnisse in Südbayern haben sich nunmehr durch Verschulden des Münchener Terrors zum direkten Kriegszustand entwickelt. [...] Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft und unterdrückt werden. Verhandlungen, Besprechungen und Abmachungen mit den Volksfeinden, die unser Südbayern ins Unglück gestürzt haben, sind vergeblich“. Durch diese unnachgiebige Haltung sehen die Kommunisten keine andere Wahl, als bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Sieg oder Niederlage - dazwischen gibt es für sie keine Alternative.
